



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landwirtschaft, speziell die Milcherzeugung und die damit zu erzielenden Preise, waren in den vergangenen Wochen Dauerthema in der journalistischen Berichterstattung. Milchbauern haben in einem Lieferstreik das letzte Mittel gesehen, um ein Milchgeld auf verlässlicher, wirtschaftlicher Grundlage zu erwirken. Diese Entscheidung einzelner Landwirte respektieren wir. Leider ist es aber zu einigen unschönen Exzessen gekommen, die das Landvolk Niedersachsen auch im Interesse der mehrheitlich lieferwilligen Landwirte nicht unterstützt. Wir untermauern allerdings nochmals die Forderung an den Lebensmitteleinzelhandel, die aus unseren Nahrungsmitteln hergestellten Produkte – allen voran Milch, Butter und die Vielfalt der Molkeerzeugnisse – nicht als Lockvogelangebote zu missbrauchen und damit zugleich Druck auf die Preise auszuüben. Damit verursachen sie den Landwirten nicht nur einen großen wirtschaftlichen Schaden, sondern kratzen auch an ihrem Image.

Mit welcher Verantwortungsbereitschaft unsere landwirtschaftlichen Familien sich Tier und Natur, aber auch den Ansprüchen unserer Gesellschaft an Qualität und Sicherheit verpflichtet fühlen, können Sie am 22. Juni auf 80 Höfen in Niedersachsen hautnah erleben. Gemeinsam mit NDR 1 Niedersachsen lädt das Landvolk Niedersachsen Sie herzlich zum Tag des Offenen Hofes ein. Alle Adressen finden Sie in dem beiliegenden Flyer.

Ihr **Werner Hilde**

Widerstand gegen Vorschläge zum Health Check

Die Agrarminister von Bund und Ländern haben wie der Bauernverband ihren Widerstand gegen eine weitere Anhebung der Modulation und eine Aufstockung der Milchquoten demonstrativ erneuert und stemmen sich damit gegen die Vorschläge der EU-Kommission zum so genannten Health Check.

Minister und Verband begründeten ihre Ablehnung einer stärkeren Umschichtung von Direktzahlungen in die Zweite Säule mit einer befürchteten Schwächung der Liquidität auf den Betrieben. Ausreichende Mittel zur Kofinanzierung stehen nicht in allen Bundesländern zur Verfügung. Mit denselben Argumenten wird eine „größenabhängige Sondermodulation“ zurückgewiesen, von der Deutschland mit am stärksten betroffen wäre.

Die Länder sehen sich "angesichts der aktuell Milchauszahlungspreise" in ihrer Auffassung bestätigt, dass eine zeitweilige positive Marktentwicklung bei Milch kein Anlass für übereilte marktpolitische Anpassungsmaßnahmen und vorzeitige Festlegungen sein darf". Dies gilt auch für die von der EU-

Kommission vorgeschlagenen Schritte zur Quotenaufstockung ab 2009. Bestehen bleibt daher die Forderung, den Quotenausstieg mit einem Milchfonds zu flankieren, der aus überschüssigen Mitteln aus dem Agrarhaushalt der Gemeinschaft gespeist werden soll.

Vorschriften vereinfachen!

Das Bundesumweltministerium hat Verbände und Bundesländer aufgefordert, zu den mehrere hundert Seiten umfassenden Regelungen zum neuen Umweltgesetzbuch offiziell Stellungnahmen abzugeben. Der vorliegende Entwurf von Umweltminister Sigmar Gabriel ist nach einer ersten Einschätzung des Landvolks Niedersachsen bereits in einigen Punkten nachgebessert worden.

Dies betrifft vor allem die von der Landwirtschaft massiv kritisierten Regelungen zu Gewässerrandstreifen, die jetzt von 10 auf 5 m Breite reduziert wurden. Auf ein pauschales Düng- und Pflanzenschutzverbot wird danach verzichtet, allerdings soll weiterhin die Umwandlung von Grün- zu Ackerland an Gewässern verboten werden.

Während das Ministerium an den Verschärfungen beim Bau und Betrieb von Güllelagerstätten, bei den alten Wasserrechten und der Gewässerunterhaltung festhält, wurden die vorgesehenen Neuregelungen zur Umweltverträglichkeitsprüfung zunächst aus der Anhörung herausgenommen. Auch bei der naturschutzrechtlichen Kompensation sind die parteiübergreifenden Forderungen nach innovativen Ansätzen zur deutlichen Reduzierung des Flächenverbrauchs weiterhin nicht erkennbar.

Landvolkpräsident Werner Hilse hat in einem Gespräch mit Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander daher nochmals mit Nachdruck betont, dass die Land- und Ernährungswirtschaft dringend eine Entbürokratisierung und Flexibilisierung umweltrechtlicher Vorschriften erwartet. Er forderte eine klare Unterstützung der Landesregierung und die Ablehnung jeglicher Verschärfung geltenden Rechts. Der Entwurf soll nach der Anhörung nochmals überarbeitet und dann von der Bundesregierung zur endgültigen Entscheidung in den Bundestag eingebracht werden

Energiemärkte versprechen Wertschöpfungspotenziale

Das Zauberwort in der Biogasbranche lautet: Gaseinspeisung. Energieversorger werben großformatig in Zeitungen mit Biogas, Investoren sind unterwegs, und auch die Landwirte wittern Morgenluft. Prinzipiell geht es dabei um die Frage, ob das Gas direkt an der Biogasanlage oder erst dort verstromt werden soll, wo auch die dabei entstehende Wärme verbraucht wird. Dies wird in der Praxis bereits häufig über Mikrogasnetze praktiziert. Von den Betreibern errichtete Gasnetze führen das Biogas zu einem „externen“ Blockheizkraftwerk (BHKW), wo es verstromt wird. Dazu muss das Gas nicht zu Erdgasqualität aufbereitet werden.

Wo dies nicht realisierbar ist, bleibt die Mög-

lichkeit der Einspeisung in das Erdgasnetz. Dabei können bestehende Anlagen miteinander vernetzt werden, von denen das Gas zu einer Aufbereitungsanlage geführt wird. Alternativ dazu steht der Neubau einer größeren Biogasanlage im Megawattbereich mit anschließender Gasaufbereitung. Solche Projekte sind nur zusammen mit den Landwirten realisierbar. Die Landwirtschaft sollte in jedem Fall eine mindestens gleichrangige Beteiligung an einer Biogasanlage anstreben. Die mittelfristige Entwicklung an den Energiemärkten verspricht äußerst interessante Wertschöpfungspotenziale.

Bärendienst für den Tierschutz

Beim Deutschen Bauernverband (DBV) stößt das geplante Prüf- und Zulassungsverfahren für Stalleinrichtungen nach wie vor auf Ablehnung. Das hat der Verband kürzlich bei einer Sachverständigenanhörung im Bundestag erneut bekräftigt. Dem Tierschutz werde mit der Einführung eines so genannten Tierschutz-TÜV, der bürokratisch und kostenintensiv sei, ein Bärendienst erwiesen.

Kontinuierliche Weiterentwicklungen würden durch das bürokratische Verfahren gehemmt und Innovationen für den Tierschutz ausgebremst, fürchtet der DBV. Zudem stelle ein solches Verfahren lediglich auf die Haltungseinrichtungen ab. Das Wohlbefinden von Tieren sei aber von zahlreichen Einflussfaktoren bestimmt und werde regelmäßig durch unabhängige Kontrollen auf den Betrieben geprüft. Ein obligatorisches Prüf- und Zulassungsverfahren für Haltungssysteme sei daher überflüssig.

Der DBV verurteilt scharf, dass mit einem nationalen Alleingang erneut einseitige Auflagen für deutsche Tierhalter entstehen.

Die Ablehnung wird voll und ganz vom Landvolk Niedersachsen geteilt. Landvolk-Vizepräsident Johann Arendt Meyer zu Wehdel betonte im Veredelungsausschuss

des Verbandes, dass insbesondere kleinere und mittelständische Hersteller von Stalleinrichtungen in geringerer Stückzahl durch das Zulassungsverfahren stark benachteiligt würden und kaum noch Innovationen hervorbringen könnten.

Milchpreis brachte Bewegung in das Sortiment

Die Preisbewegungen für Milchprodukte, die im Sommer 2007 mit einem kräftigen Plus eingeleitet wurden, haben bei den niedersächsischen Molkereien einige Verschiebungen im Produktionsortiment ausgelöst. Einem Plus in Teilbereichen der Trinkmilchprodukte, Butter sowie Hart- und Schnittkäse stand ein Minus bei Frischprodukten insgesamt sowie auch Weichkäse gegenüber. Eindeutig aber haben sich die Molkereien den interessantesten Verwertungen zugewandt, dazu zählen beispielsweise Frischkäsespezialitäten wie Frucht- und Kräuterquark, aber auch Joghurt oder Milchmischgetränke. Deutlich erhöht hat sich zudem der Versand von Milch in andere EU-Länder und ist damit ein Beleg für die weltweit knappe Milchversorgung im Herbst 2007. Im ersten Quartal 2008 hat sich nach einem Blick in die Statistik der Markt erneut wieder gedreht. In diesem Zeitraum wirkten sich die Preiserhöhungen für Käse und Butter deutlicher aus.

Insgesamt verarbeiteten die 40 niedersächsischen Molkereien mit 4,77 Mio. t Milch den Rohstoff, der auf 13.700 Milcherzeugerbetrieben von 716.000 Milchkühen gemolken wurde. Nach dem deutlichen Preissprung für Milchprodukte im Sommer 2007 im Lebensmitteleinzelhandel haben sich die Erlöse für die Erzeuger seit Jahresanfang wieder deutlich nach unten bewegt. Im Jahresdurchschnitt 2007 erhielt ein Landwirt für seine Milch von den Molkereien 32,82 ct/kg, im ersten Quartal 2008 waren es 34,85 ct/kg, seitdem ist die Tendenz wieder stark fallend. Die

Milchpreise lagen im April mit 30,03 ct/kg auf einem Niveau wie 1993 mit 30,09 ct/kg und decken bei weitem nicht die deutlich höheren Kosten der Milchviehalter.

Ausfuhren weiter auf Wachstumskurs

Ungeachtet der anhaltenden Dollarschwäche und des weltweiten Anstiegs der Energiekosten befinden sich die deutschen Agrarausfuhren nach wie vor auf Wachstumskurs. Wie die Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) unter Bezug auf vorläufige Angaben des Statistischen Bundesamtes mitteilte, bestätigen die Zahlen für das erste Quartal 2008 die positive Exporttendenz der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft und die Rolle des Außenhandels als Wachstumsmotor. Danach versandten die Unternehmen in den ersten drei Monaten dieses Jahres Waren im Wert von 11,6 Mrd. Euro in alle Welt, das waren knapp 17 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Insbesondere Veredelungsprodukte der tierischen Erzeugung wurden vermehrt exportiert. Die Ausfuhren von Milch und Milchprodukten legten um 27,7 Prozent zu und erreichten einen Wert von 1,8 Mrd. Euro. Gleichzeitig wurden Fleisch und Fleischwaren im Wert von 1,55 Mrd. Euro exportiert, daran maßgeblich beteiligt waren die Schweinefleischausfuhren. Wichtigstes Empfängerland für Agrarprodukte und Lebensmittel aus Deutschland außerhalb der Europäischen Union war Russland mit Importen im Wert von 365,7 Mio. Euro. Nach Asien wurden insgesamt Waren im Wert von 572 Mio. Euro geliefert.

Kein Zugriff auf interne Daten!

Die deutsche Kartoffelbranche stellt sich geschlossen gegen einen Zugriff auf betriebsinterne Daten durch den Lebensmitteleinzelhandel. Wie derzeit ein großer Vollsortimen-

ter verlangt, sollen Landwirte über das Zertifizierungssystem GlobalGap interne Betriebs- und Produktionsdaten in eine allgemeine Datenbank eintragen. Damit würden diese Daten dem offenen Zugriff preisgegeben – dafür besteht kein berechtigter Grund. Die Anforderungen an Lebensmittelsicherheit, rasche Rückverfolgbarkeit und Offenheit mit einer „gläsernen Produktion“ werden in der Agrarwirtschaft längst erfüllt. Der erhebliche Mehraufwand in der Dokumentation nützt weder der Wertschöpfungskette und dem Lebensmitteleinzelhandel noch dem Verbraucher. In dieser Einschätzung sind sich die Union der Deutschen Kartoffelwirtschaft, der Deutsche Bauernverband, der Deutsche Raiffeisenverband, der Deutsche Kartoffelhandelsverband und die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Früh- und Speisekartoffeln einig. Die Branche trägt die bisherigen Anforderungen an Rückverfolgbarkeit, Lebensmittelsicherheit und Transparenz uneingeschränkt mit, sieht jedoch keinen Anlass, über die bisherigen Angaben hinaus spezifisches unternehmerisches Wissen preiszugeben.

Getreide statt Mais für die Biogasanlagen

Mais hat in diesem Frühjahr bei der Aussaat wieder Flächenanteile gewonnen und mit schätzungsweise 460.000 Hektar (ha) in Niedersachsen mittlerweile den Weizen vom ersten Platz auf dem Acker verdrängt. Zwar geht nur noch ein kleiner Teil des Zuwachses auf das Konto von Biogas-Mais, der im vergangenen Jahr knapp 90.000 ha in Anspruch nahm, dennoch stößt der Maisanbau gerade für diesen Zweck vermehrt auf Kritik bei Nichtlandwirten, denen der Flächenzuwachs stark ins Auge fällt. Doch die Landwirte haben Alternativen zu der Kultur entdeckt: Für die Biogaserzeugung eignet sich nämlich auch Getreide, das schon vor der Körnerreife noch im Juni als ganze Pflanze gehäckselt

und einsiliert wird. Danach kann dann noch eine Zweitkultur auf der selben Fläche angebaut werden, beispielsweise Hirse oder Sonnenblumen, so dass eine zweite Ernte für die Biogasanlagen möglich ist. Ökonomisch ist die Rechnung für die Bauern zwar knapp, weil jede Kultur für sich weniger Ertrag als der Mais liefert und zweimal Arbeit und Kosten für die Bestellung anfallen, in der Summe wird aber in der Regel zumindest Gleichstand mit dem Mais erreicht. Andererseits profitiert die Umwelt von der Auflockerung der Fruchtfolge, und auch dem Auge tut es gut – vor allem wenn die Bauern eine Mischkultur anlegen und noch etwas Blühendes mit aussäen. Immerhin wurden im vergangenen Jahr schon schätzungsweise 4.500 ha Acker in Niedersachsen für die Erzeugung von Getreide-Ganzpflanzensilage bestellt.

Frühkartoffelerzeuger setzen auf Qualität

Niedersachsens Frühkartoffelerzeuger im Raum Burgdorf in der Region Hannover haben die Ernte mit Optimismus gestartet. Auf einer Fläche von rund 3.000 ha wachsen die ersten Kartoffeln aus hiesiger Erzeugung im Raum Burgdorf, davon werden rund 800 ha mit einer schützenden Folie abgedeckt, um die Ernte noch etwas vorzuziehen. Damit stellt das Kartoffelland Niedersachsen fast ein Viertel der bundesweiten Frühkartoffelfläche in Höhe von 16.000 ha.

Die Erzeuger setzen in diesem Jahr auf ein strenges Qualitätskonzept und werden den Abpackbetrieben in der Region nur festschalige Kartoffeln anbieten. Damit erhalten die Kunden haltbare und schöne Kartoffeln, die auch im Geschmack überzeugen. Für diese hohe Qualität verlangen die Landwirte dann auch einen angemessenen Preis. Die Frühkartoffelbauern möchten damit zugleich den guten Ruf der Kartoffel insgesamt verteidigen.